



Dr. Helmut Blumbach leitet seit 2014 die DAAD-Außenstelle Nairobi/Kenia.

## Kenia: Paradigmenwechsel in der Bildungspolitik

In einer feierlichen Zeremonie im Park des Präsidentenpalais in Nairobi wurden im Oktober letzten Jahres acht vormalige Colleges in den Stand der Universität erhoben. Allerdings endete der Festakt mit einer Überraschung: Präsident Kenyatta verkündete, dass es vorerst keine weiteren Universitätsneugründungen mehr geben werde. Stattdessen sollten sich die bestehenden Hochschulen konsolidieren und ihre Qualitätsdefizite beheben. Nach 20 Jahren des rapiden Wachstums (1995 gab es in Kenia fünf staatlichen Universitäten, heute sind es dreißig) bedeutet dieser Stopp das Eingeständnis, dass die Ressourcen auch Ostafrikas produktivster Volkswirtschaft für noch mehr Universitäten nicht ausreichen.

Der Politikwechsel trägt die Handschrift des Bildungsministers Fred Matiang'i, der Ende 2015 ins Amt kam und sich schnell als entschlossener Reformierprofi profilierte: Seine erste große Tat war, korrupte Kartelle aus Lehrern, Eltern und Prüfungsbehörden zu neutralisieren, die die Primarschul-Abschlussklausuren (nach Klasse 8) zur Aufbesserung entweder ihres Einkommens oder der Noten ihrer Kinder manipulierten.

Im Dezember 2016 nahm der Minister die Universitäten aufs Korn und wies die Commission for University Education (CUE) an, in einem Audit zu ermitteln, wieweit die geltenden Vorschriften hinsichtlich Hochschulzugang, Akkreditierung von Studiengängen und Vergabe akademischer Grade eingehalten würden.

Die Ergebnisse der Überprüfung durch die CUE wurden Ende Januar bekannt und enthüllten ein beträchtliches Maß an Missmanagement und Regelverstößen – und zwar insbesondere in den Bereichen, in denen die Universitäten als kommerzielle Anbieter operieren: Hier wurden Studienprogramme ohne Akkreditierung angeboten, beispielsweise Bachelor- und Masterkurse speziell für Lehrer, die nur während der Schulferien laufen; es wurden Studierende zugelassen, die nicht für einen Hochschulzugang qualifiziert sind; Anwesenheit und Studienleistungen wurden ungenügend nachgehalten und dokumentiert, akademische Grade ohne entsprechende Leistungen verliehen. Für potenziellen politischen Sprengstoff sorgen nun 100 000 angeblich zu Unrecht verliehene und damit wertlose Abschlüsse in sogenannten „Executive Degree Programmes“, die auch von Politikern und Abgeordneten gerne genutzt wurden, um sich ohne allzu viel intellektuellen Aufwand mit einem akademischen Titel zu schmücken.

Das Medienecho angesichts dieser Befunde war heftig – von Empörung über das „verrottete“ Hochschulsystem bis zu der sarkastischen Feststellung, dass es an den Hochschulen eben nicht anders und besser zugehe als in anderen Sphären des kenianischen Geschäftslebens.

Niemand mochte öffentlich für die Universitäten Partei ergreifen. Dabei sind die Probleme vor allem auf eine über zwei Jahrzehnte hinweg verfehlte Regierungspolitik zurückzuführen, die das Wachstum des tertiären Bildungssystems immer gewollt hat, ohne den Hochschulen die dafür notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen. Stattdessen wurden sie aufgefordert, „am Markt“ eigenes Einkommen zu generieren. Vielleicht ist es also aus einem gewissen Schuldbewusstsein heraus, dass das Bildungsministerium vorerst eher maßvolle Konsequenzen aus den Befunden zieht: Nicht akkreditierte Programme müssen zwar eingestellt werden. Ansonsten aber wurde den Hochschulen eine sechsmonatige Frist gesetzt, um die Missstände abzustellen. Eine darüber hinausgehende Konsolidierung des Hochschulsystems müsste einerseits die staatliche Finanzierung deutlich aufstocken, dafür aber auch, sozusagen als Gegenleistung, stärker bedarfsorientierte Studiengänge in entwicklungsrelevanten Fächern einfordern.

Die Universitäten sind nur eine der Großbaustellen in Kenias Bildungssystem. Es ist spannend zu verfolgen, wie erstmals eine Bildungspolitik formuliert und implementiert wird, die einen holistischen Ansatz verfolgt - darin besteht der eigentliche Paradigmenwechsel, der sich in Kenia anbahnt. Die Primarschulabschlussprüfung wurde zunächst von Korruption gesäubert, nun aber wird sie ganz abgeschafft: Nicht eine einzelne Prüfung soll in Zukunft über Wohl oder Wehe einer Bildungsbiografie entscheiden, sondern eine kontinuierliche Überprüfung der erworbenen Kompetenzen. Und auch auf der nächsten Stufe zeichnet sich ein Umdenken ab: Nicht jeder qualifizierte Sekundarschulabschluss muss an die Universität führen, wenn – insbesondere in technischen Disziplinen – eine bisher nicht vorhandene, aber hochwertige berufliche Bildung ebenfalls Karriere- und Einkommenschancen eröffnet. Die Aufwertung technischer Kollegs hat begonnen. Und schließlich: Auch die Universitäten müssen stärker nachfrageorientiert ausbilden: Nicht jeder kann und sollte Anwalt, Arzt, Journalist oder „CEO“ werden. Ingenieure, Sozialarbeiter, Start-up Unternehmer und eine entsprechende praxisnahe Hochschulausbildung sind vorrangig, wenn das Land seine ehrgeizigen Modernisierungspläne realisieren will.

Kenias Entscheidungsträger blicken vielfach nach Deutschland: Die weithin anerkannte Qualität der deutschen technischen Ausbildungen, im berufsbildenden wie im (Fach-) Hochschulbereich, wird als interessantes Referenzmodell für die Reform des eigenen Bildungssystems gesehen. Hier bieten sich auch aus deutscher Sicht interessante Perspektiven der Zusammenarbeit – bis hin zu dem vom deutschen Auswärtigem Amt, dem Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) und der kenianischen Regierung verfolgten Plan, eine deutsch-ostafrikanische Fachhochschule in Kenia aufzubauen. Eine

entsprechende Absichtserklärung wurde im Februar in Nairobi unterzeichnet.

Gewiss ist aber auch: Das Umsteuern erfordert zusätzliche Ressourcen – und dies betrifft berufliche Bildung ebenso wie die Hochschulen: eine arbeitsmarktgängige, praxisnahe Ausbildung hat ihren Preis: sie benötigt qualifizierte und motivierte Lehrende, moderne technische Ausstattung und funktionstüchtige, gut gemanagte Institutionen. Dies liegt in staatlicher Verantwortung. Ob er auch an dieser Front erfolgreich ist, muss Minister Matiang'i erst noch beweisen.